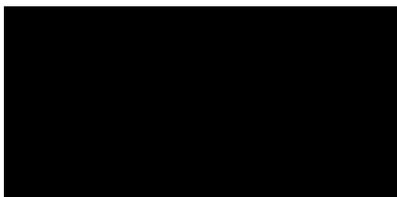


## **Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020**

Prof. Dr. Max Otte



# Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020

von Prof. Dr. Max Otte

## Inhalt

0	Zusammenfassung.....	4
1	Die Situation vor Corona .....	5
1.1	Niedrig- und Negativzinsen, hohe Schulden .....	5
1.2	Geringes Produktivitätswachstum .....	6
1.3	Abstieg der Mittelschicht, Aufblähung der Asset-Märkte und ungleiche Vermögensverteilung sowie Populismus als globales Phänomen .....	8
1.4	Divergenzen in der Eurozone .....	10
1.5	Die Deutschen: die armen Verwandten der Eurozone .....	11
1.6	Die Wirtschaft steuerte bereits vor Corona auf eine Rezession zu.....	12
1.7	Der Reset des Weltfinanzsystems war bereits vor Corona in Vorbereitung.....	13
2	Der Corona-Schock: die unmittelbaren Auswirkungen.....	14
2.1	Unmittelbare Wachstumseinbußen und Insolvenzen.....	14
2.2	Staatsverschuldung .....	16
2.3	Inflation .....	16
2.4	Beschleunigter Strukturwandel in Richtung virtuelle Wirtschaft.....	16
2.5	Beschleunigter Angriff auf unsere Daten .....	17
2.6	Deglobalisierung und globale Spannungen .....	17
3	Was jetzt zu tun ist .....	19
3.1	Sofortige Öffnung der Wirtschaft.....	19

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

3.2	Direkte Beihilfen, Staatsnachfrage und Investitionen („Keynesianismus“)	20
3.2.1	Beihilfen an den Unternehmenssektor	20
3.2.2	Zahlungen und Beihilfen an Privatpersonen	21
3.2.3	Infrastrukturinvestitionen	21
3.2.4	Das Dogma der schwarzen Null begraben	21
3.3	Intelligente Maßnahmen, Zukunftsinvestitionen und Effizienzsteigerung	23
3.4	Flankierende Maßnahmen	24
3.5	Reform der Eurozone	25
3.6	Schuldentilgung oder -rückführung: Wer soll das bezahlen?	25
3.7	Einhegung der Globalisierung, Stärkung regionaler und mittelständischer Strukturen	27
3.8	Intelligente Kapitalanlage für die Deutschen	28
3.9	Das Thema „Digitale Diktatur“ ernst nehmen	30
4	Literatur	31

## 0 Zusammenfassung

Die Auswirkungen der durch Corona verursachten Vollbremsung der Wirtschaft sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Erste Schätzungen, z.B. des Bundeswirtschaftsministeriums, gehen von einem Einbruch von ca. 6% des BIP aus, was mit dem Einbruch nach der Finanzkrise 2008 vergleichbar wäre.

Dabei ist festzuhalten, dass Corona nur der Auslöser für eine längst überfällige Krise des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft war, die aufgrund der Geld- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in der ein oder anderen Form sowieso erfolgt wäre. Der Reset des Weltfinanzsystems, das von der Droge des billigen Geldes abhängig ist, wurde bereits vor Corona angedacht und auf verschiedene Weise vorbereitet, z.B. durch Gedankenspiele zu einer Vermögensabgabe, der zunehmenden Bargeldverdrängung, der Bankenabwicklungsrichtlinie der Europäischen Union und anderen Maßnahmen. Der Corona-Schock wird diese Entwicklung beschleunigen.

Ebenfalls bereits in den letzten Jahren begann ein Prozess der De-Globalisierung und Re-Regionalisierung der Weltwirtschaft, den ich bereits 2006 prognostiziert hatte. Die Präsidentschaft von Donald Trump und der Brexit sind hier nur zwei der auffälligsten Merkmale.

Die Corona-Krise wird nur durch massive Staatsausgaben zu bewältigen sein. Kaum ein wirtschaftspolitisches Dogma hat Deutschland in den letzten Jahren so geschadet wie das Dogma der schwarzen Null. Dabei sind direkten staatlichen, staatlichen Investitionen und „Helikoptergeld“ in Form von Arbeitslosengeld und Konsumgutscheinen der Vorzug vor Krediten zu geben. Denn durch Corona erfolgen Umsatz- und Gewinneinbrüche. Würden diese durch Kredite kompensiert, müssten solche Kredite zurückgezahlt werden, was wiederum zu Einsparungen und Entlassungen bei den Unternehmen führen würde. Als Folge der Maßnahmen werden die Schulden der Industrienationen um 30% des BIP steigen. (Grobe erste Schätzung.) Ein solcher Anstieg ist unvermeidlich.

Dies bietet die Chance für den deutschen Staat, lange versäumte Infrastrukturinvestitionen nachzuholen und insgesamt die Staatsausgaben in Richtung mehr Produktivität und Wachstum umzubauen. Japan gibt z.B. als Prozentsatz des BIP 60% mehr als Deutschland für staatliche Investitionen aus (3,6% vs. 2,4%), Frankreich immerhin 40% mehr.

Der entstandene Schuldenberg wird monetisiert werden müssen, d.h. in einen Schuldentilgungsfonds überführt, dessen Zahlungen dann extrem lang gestreckt werden. Ich schließe mich hier Dr. Daniel Stelter an, der einen europäischen Fonds bei der EZB vorschlägt, in den jedes Land Schulden in Höhe von 70% des Vorkrisen-BIP einbringen kann, in dem also gut wirtschaftende Länder auch für ihre Haushaltsführung belohnt werden.

Corona bietet auch die Chance für eine Vielzahl von begleitenden Maßnahmen, die ich in meiner Stellungnahme aufführe. Schließlich muss das Thema „Digitale Diktatur“ ernst genommen werden. Corona ist ein massives Förderprogramm für die bereits jetzt extrem mächtigen Internetkonzerne, die unser Leben zu beherrschen drohen, wenn wir sie nicht demokratisch kontrollieren und durch Gesetzgebung einhegen.

## 1 Die Situation vor Corona

Die Situation der Weltwirtschaft war bereits vor der Corona-Pandemie prekär. „Wenn man ehrlich ist, steckt uns die Finanzkrise heute noch in den Knochen“, so Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2019. Die deutsche und große Teile der Weltwirtschaft steuerten bereits 2019 auf eine Rezession zu. Die Bewältigung der Finanzkrise nach 2008 und später der Eurokrise nach 2010 war mit den falschen Mitteln versucht worden: einer globalen Geldschwemme bei gleichzeitig unzureichender Gesetzgebung bzw. Ordnung der Finanzmärkte und weitgehend fehlenden Strukturreformen. Auch die Anfang 2018 in den USA in Kraft getretenen Steuerreformen machen da keine Ausnahme: hier wurden Wahlgeschenke verteilt, die die USA zur größten Schuldenmaschine der Welt machen. Bereits vor der Corona-Pandemie probten viele Staaten der Welt den Reset des Finanzsystems – durch die schrittweise Verdrängung von Bargeld, die Erprobung von Bankensanierungen und Teilenteignung von Bankkunden (Zypern, Abwicklungsrichtlinie der EU) und die Entwicklung hin zu einem Finanzsystem, das immer mehr planwirtschaftliche Züge aufweist.

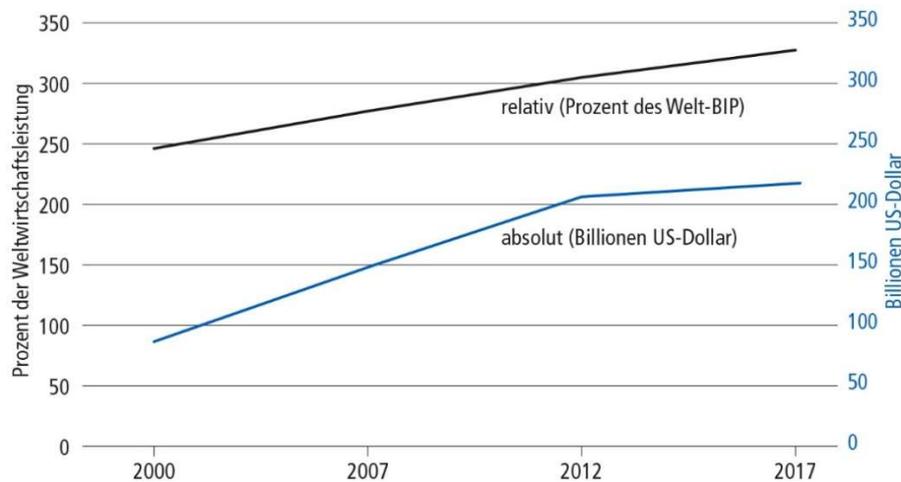
### 1.1 Niedrig- und Negativzinsen, hohe Schulden

Nahezu alle entwickelten Industrienationen haben versucht, die Folgen der Finanzkrise durch Niedrig- und Negativzinsen sowie eine globale Geldschwemme zu bekämpfen. Strukturreformen wie zum Beispiel ausreichendes Eigenkapital, ein Verbot oder eine strenge Regelung für toxische Finanzprodukte oder eine Finanztransaktionssteuer fanden nicht oder unzureichend statt oder geradezu kontraproduktiv umgesetzt. Ein Beispiel ist die Aktiensteuer in Deutschland, die wiederum Kleinsparer belastet, das eigentliche Problem, nämlich Nanotrading und Derivate, aber nicht anfasst. Viele andere lassen sich finden, zum Beispiel bei der Umsetzung der Aufklärungspflichten und Haftungsvorschriften.

Stattdessen haben die Notenbanken durch den Kauf von Anleihen und „Monetary Easing“ ihre Bilanzen aufgebläht und Liquidität in den Markt gegeben. Bereits im November 2019 wurde gemeldet, dass die globalen Schulden ein neues Rekordhoch erreicht hätten. Nun zog S&P nach: für die Staatsverschuldung wird Ende 2020 ein Stand von 53 Billionen Dollar erwartet. Damit nähert sich alleine die Staatsverschuldung immer weiter der globalen Wirtschaftsleistung.

Zwischenzeitliche Versuche, zum Beispiel der Federal Reserve, aus den der Ära des Gelddruckens und der Niedrigzinsen auszusteigen, wurden von Donald Trump in gewohnt populistischer Manier vereitelt. Der US-Präsident drosch so hart auf den Chairman der Federal Reserve, Jerome Powell, ein, dass dieser nachgab und den Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik rückgängig machte. Unter anderem twitterte Trump, dass das Fed verrückt geworden sein, und dass das Fed das einzige Problem der US-Wirtschaft sei. Ein anderes Mal nannte er die Fed "die größte Bedrohung, größer als China."

### Die Schulden der Welt sind weiter gestiegen: absolut UND relativ



Quelle: Bloomberg; eigene Darstellung

Die Schuldenorgie hat nicht nur eine Wachstums- sondern auch eine Verteilungswirkung. Profiteure dieser Entwicklung waren überwiegend die Staaten, die sich billiger verschulden konnten und große Kreditnehmer (Konzerne, private Equity, Family Offices), die sich billig verschulden und Vermögenswerte erwerben konnten. Einen Großteil der Zeche zahlt die Mittelschicht in Nationen mit hoher Sparneigung, zum Beispiel in Deutschland. Zinseinbußen auf die ungefähr 6,5 Billionen Euro an Geldvermögen. Die deutsche Mittelschicht legt überwiegend in Geldvermögen an: Bank- und Sparguthaben, Lebensversicherungen. Aktien und Unternehmensanteile befinden sich wiederum überwiegend in der Hand der Reichen.

Das kostet die Deutschen ungefähr 80 bis 120 Milliarden Euro pro Jahr, wie ich bereits 2016 schätzte.<sup>1</sup> Daniel Stelter schätzt die Gesamtkosten für Deutschland auf 1.000 bis 2.000 Milliarden Euro.<sup>2</sup> Ich zitiere eine längere Passage aus einer Titelgeschichte des *Spiegel*:

„Der deutsche Sparer, so belegen es die Zahlen, ist ein Narr. Er spart sich nicht reich, sondern arm. Er vernichtet sein Vermögen, anstatt es zu vermehren. Er wirft sein Geld praktisch weg. Ja ist er denn völlig verrückt geworden?“<sup>3</sup>

## 1.2 Geringes Produktivitätswachstum

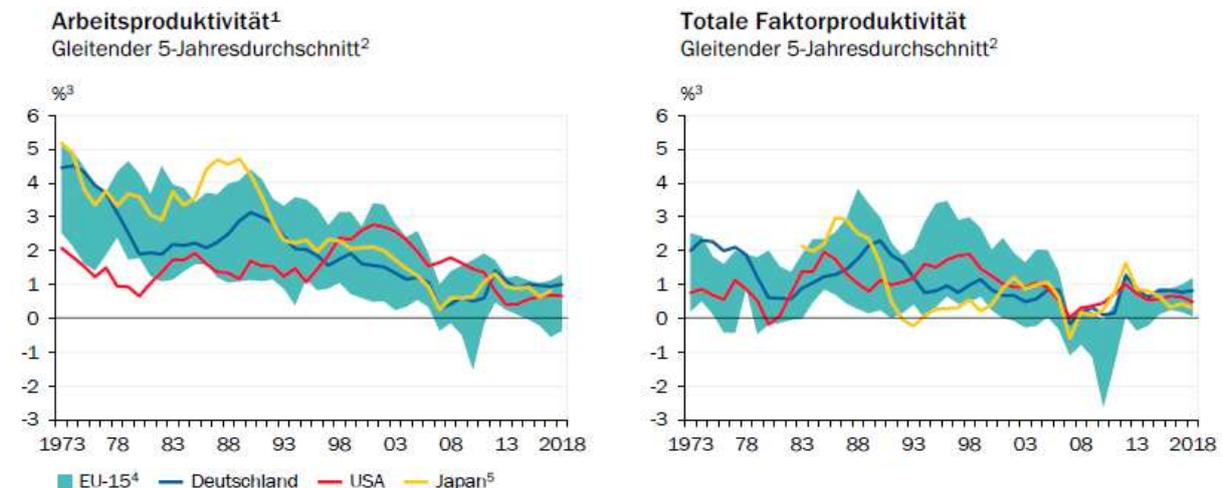
Nach der Finanzkrise haben die Industrienationen nicht zu produktiven Wachstum zurückgefunden. Zwar ist der Rückgang von Arbeits- und totaler Faktorproduktivität ein langfristiger Trend, aber Europa und die anderen alten Industrienationen müssen unbedingt wieder ein angemessenes Produktivitätswachstum erreichen, um zum Beispiel das demographische Problem bei der Alterssicherung zu lösen. Nur, wenn die Arbeitsproduktivität steigt, können weniger Erwerbstätige mehr Rentner versorgen.

<sup>1</sup> Otte, Investieren statt sparen, Kap. 2, „Die dritte oder vierte Enteignung der Deutschen“.

<sup>2</sup> Das Märchen vom reichen Land, S. 185.

<sup>3</sup> DER SPIEGEL, 08/2016, S. 15.

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte



Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Nationaler Produktivitätsbericht 2019, S. 100.

Die Politik nach der Finanzkrise war in keinerlei Weise geeignet, das Produktivitätswachstum wieder zu erhöhen. Im Gegenteil, die getroffenen Maßnahmen waren geradezu dazu geeignet, das Produktivitätswachstum zu drücken. Ein negatives Produktivitätswachstum – eine sinkende Arbeitsproduktivität – scheint nicht ausgeschlossen, wenn wir so weitermachen.

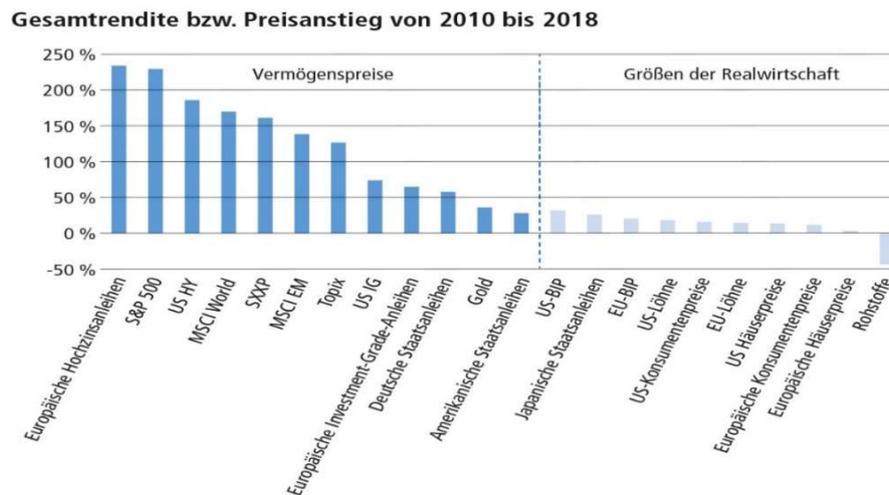
- Die höhere Staatsverschuldung floss überwiegend in unproduktiven Konsum wie Renten oder Ausgaben für Migration; notwendige Infrastrukturausgaben bei Verkehr, Datennetzen, Wissenschaft, Forschung, Bildung und öffentlicher Sicherheit wurden vernachlässigt, ganz besonders in Deutschland.<sup>4</sup>
- Auch die Unternehmen tätigten deutlich zu wenig Investition in Kapitalgüter, Forschung und Innovation. Auch hier ist Deutschland leider Trendsetter, so dass Industrie abwandert: alleine seit 2016 sank der Anteil der Industrie von 23 auf heute 21,5 Prozent.
- Komplexe Regelwerke im Finanzsektor belasten Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen und die Mittelschicht, während die großen und spekulativ orientierten Finanzmarktakteure weitermachen dürfen. Die Automobilbranche (Diesel), der Einzelhandel (Bonpflicht) und viele andere Branchen werden durch immer planwirtschaftlichere Vorgaben stranguliert.
- Unzureichende Sanierung des europäischen Bankensystems.
- Durch die Möglichkeit der billigen Verschuldung werden – wie bereits nach 1990 in Japan – Zombiunternehmen am Leben gehalten, in denen viele Menschen eigentlich sinnlosen „Bullshitjobs“ nachgehen.<sup>5</sup>
- In den USA haben sich die Großunternehmen in großen Ausmaß verschuldet, um eigene Aktien zurückzukaufen und so das Wachstum der Gewinne je Aktie zu schönen und die Illusion von Wachstum zu erzeugen. Reale Investitionen unterblieben. Und das System wurde anfälliger.

<sup>4</sup> Stelter, Coronomics, S. 146ff., Das Märchen vom reichen Land, S. 183ff., Otte, Weltsystemcrash, S. 184ff.

<sup>5</sup> Stöferle et. al., Die Nullzinsfalle, S. 119.

### 1.3 Abstieg der Mittelschicht, Aufblähung der Asset-Märkte und ungleiche Vermögensverteilung sowie Populismus als globales Phänomen

Die Niedrig- und Nullzinspolitik hat auch verteilungspolitisch sehr höchst bedenkliche Nebenwirkungen. Die Vermögenswerte der Vermögenden werden aufgebläht, diejenigen, die von Ihrem Arbeitseinkommen leben müssen, fallen zurück, auch aufgrund des mangelnden Produktivitätswachstums.



Quelle: Goldman Sachs Global Investment Research<sup>6</sup>

Es ist eine Schicht globaler Superreicher entstanden, die sich weit von der Gesellschaft entfernt haben oder in manchen Fällen massiv Einfluss auf diese nehmen. Bereits 2014 befand sich laut OXFAM-Studie die Hälfte aller Vermögenswerte der Welt in den Händen des reichsten 1 Prozent.<sup>7</sup> Das ist neben dem Anstieg der Vermögenswerte auch darin begründet, dass die Monopolkontrolle nicht mehr effektiv funktioniert, Internetkonzerne nicht wirklich durch eine umfassende Gesetzgebung geregelt werden und die Steuersysteme wirklichen Reichtum privilegieren und die Mittelschicht bis an die Grenze des Erträglichen belasten.

Es droht das, was Hans-Peter Martin und Harald Schumann in ihrem Bestseller *Die Globalisierungsfalle* bereits 1996 die „Brasilianisierung Europas“ nannten: eine massive Spaltung der Gesellschaft, Reihenghettos und Sicherheit, Gesundheit und Bildung als private Güter für die Vermögenden bei gleichzeitigem Abstieg der Mittelschicht.<sup>8</sup> Das Gesellschaften mit einer moderat egalitären Einkommensverteilung besser dastehen, zeigt eine Untersuchung der Epidemiologen Richard Wilkison und Kate Pickett aus dem Jahr 2009.

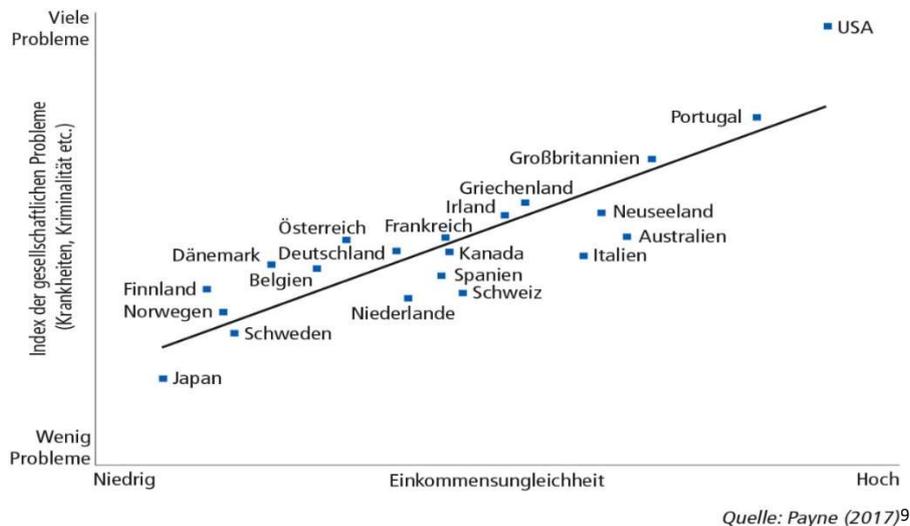
<sup>6</sup> Wiedergegeben in Otte, Weltsystemcrash, 187.

<sup>7</sup> Weltsystemcrash, S. 205

<sup>8</sup> Schumann / Martin

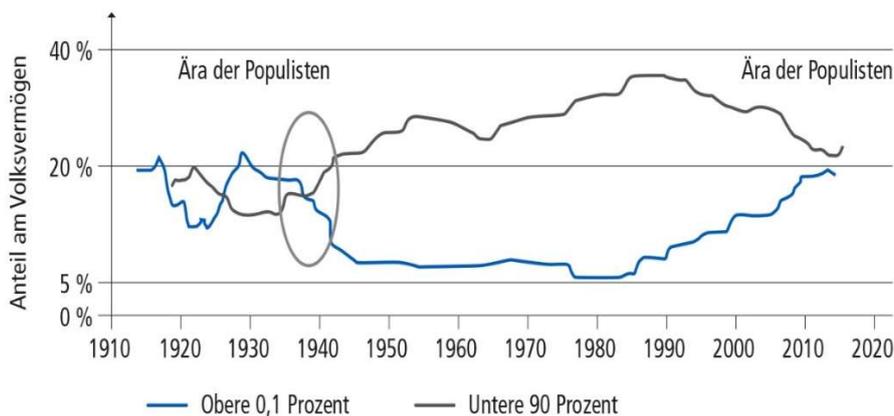
Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

**Gesellschaften mit einer hohen Ungleichheit haben auch viele Probleme, umgekehrt stehen moderat egalitäre Gesellschaften besser da**



Auch der Populismus in den Industrienationen kommt nicht aus heiterem Himmel, sondern ist eine direkte Folge der sehr realen Probleme der Mittelschicht in den Industrienationen. Donald Trump hat zum Beispiel seinen Wahlkampf primär mit wirtschaftlichen Themen gewonnen. Für die USA hat der sehr erfolgreiche Hedgefondsmanager Ray Dalio, der seit über 50 Jahren im Geschäft ist, den Zusammenhang zwischen ungleicher Vermögensverteilung und Populismus dokumentiert:

**Ray Dalio: Immer wenn in den USA die Vermögensverteilung zu ungleich wurde, traten Populisten auf den Plan**



Die Zusammenhänge sind ja durchaus ursächlich. Durch die Niedrigzinsen explodierten die Immobilienpreise, die Mieten zogen nach. Die Löhne und Realeinkommen stagnierten. Da ist zum Beispiel die Forderung nach einem Mietendeckel verständlich, wenngleich der falsche Weg. Mehr

<sup>9</sup> Wiedergegeben in Otte, Weltsystemcrash, S. 231.

<sup>10</sup> Wiedergegeben in Otte, Weltsystemcrash, S. 201.

öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau und mehr Sozialwohnen und Genossenschaften wären zu bevorzugen.

#### 1.4 Divergenzen in der Eurozone

Die geplante Eurozone funktioniert in dieser Form nicht und wird in der Folge zu erheblichen politischen Problemen in der EU sowie am Ende zu einer grundlegenden Reform der EU führen. Das prognostizierte ich in einem Arbeitspapier für den American Council on Germany im April 1998.<sup>11</sup> Seit der Eurokrise 2010 wissen wir, dass die scheinbare Konvergenz der Länder in der Eurozone eine Illusion war. Die Zinsspreads explodierten, und nur dank massiver Intervention der Staaten und Notenbanken konnte bis heute der Euro aufrechterhalten werden.

Die Reform fand statt, allerdings nicht, wie ich es mir erhofft hatte, in Richtung größerer Subsidiarität und Flexibilisierung, sondern hin zu mehr Zentralismus. Das Rezept der Finanzkrise wurde diesmal auf europäischer Ebene angewandt: Schulden und Kredite. Die schwachen Länder der Eurozone können damit weiter importieren und innereuropäische Handelsbilanzdefizite aufrechterhalten. Anpassungsdruck wird weggenommen oder durch bürokratische Mechanismen wie die Troika ersetzt, die meistens nicht effektiv sind und politische Missstimmung schaffen.

Ja es scheint, als ob die massive Verschuldung geradezu dazu genutzt wird, die weitere Zentralisierung zu beschleunigen, ohne die wirklichen Probleme zu lösen. Die diskutierten Corona-Bonds sowie die Merkel-Macron-Initiative für „Wiederaufbaufonds“ zeigen in dieser Richtung.

#### Die Eurozone: ein verlorenes Jahrzehnt

	Arbeitslosigkeit (in Prozent)		Jugendarbeitslosigkeit (in Prozent)		BIP (Billionen US-\$)	
	2008	2018	2008	2018	2008	2018
Griechenland	7,8	18,1			0,35	0,22
Spanien	10,8	14,7	24,6	32,7	1,64	1,43
Portugal	7,8	6,8	20,7	17,2	0,26	0,24
Italien	6,8	10,1	22,1	30,5	2,39	2,07
Frankreich	7,4	8,7	19,2	20,1	2,92	2,78
Deutschland	7,2	3,1	10,0	5,1	3,75	3,99
<b>Eurozone</b>	<b>7,4</b>	<b>7,3</b>	<b>15,2</b>	<b>15,9</b>	<b>14,12</b>	<b>13,67</b>

Quelle: [www.tradingeconomics.com](http://www.tradingeconomics.com)

<sup>11</sup> Max Otte, The Euro and the Future of the European Union, New York, American Council on Germany Occasional Paper #5, April 1998.

Genützt hat es nichts. Seit der Eurokrise haben sich die Länder der Eurozone auseinanderentwickelt. Die meisten Länder der Eurozone haben noch nicht die Wirtschaftsleistung vor der Finanzkrise erreicht. In Griechenland liegt das BIP um ein Drittel unter dem Vorkrisenniveau, in Italien um fast 20 Prozent – bei stark gestiegenen Schulden. Die pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in Italien liegt damit auf dem Niveau von Ende der 1990er Jahre.

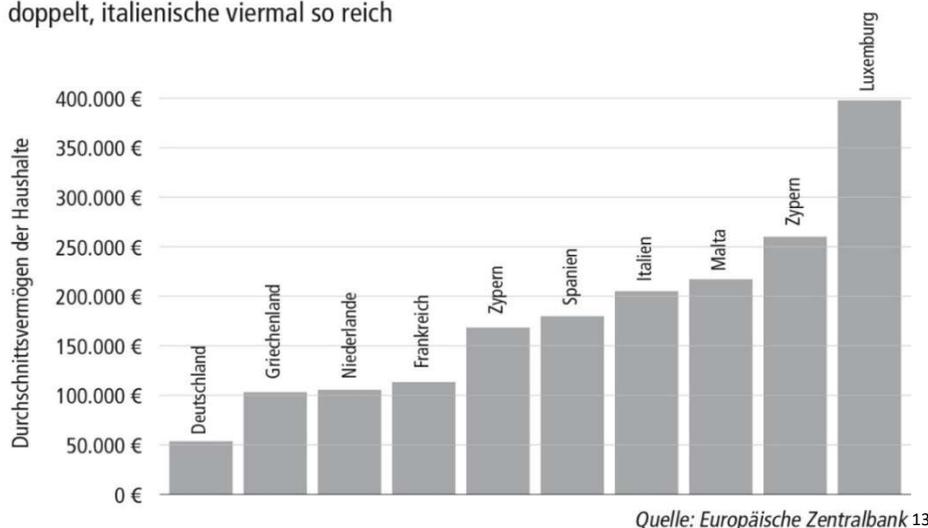
Nur wenige Länder, wie zum Beispiel Deutschland, konnten ihre Wirtschaftsleistung über Vorkrisenniveau steigern. Während die Eurozone insgesamt zwischen 2008 und 2018 um 3,1 Prozent schrumpfte, wuchsen die USA um 39,3% und China um 196,5%.<sup>12</sup>

### 1.5 Die Deutschen: die armen Verwandten der Eurozone

Der deutschen Wirtschaft geht es vordergründig in der Eurozone gut. Allerdings nur vordergründig. Die in Nicht-Ökonomensprache ausgedrückte Tatsache, dass der Euro letztlich zu schwach für Deutschland ist, führt dazu, dass die schwächeren Länder der Eurozone zu viel in Deutschland kaufen, Deutschland hat Exportüberschüsse mit diesen Ländern. Für diese Exportüberschüsse vergibt Deutschland Kredite, zum Beispiel in Form der Target-II-Salden. Damit baut Deutschland Auslandsvermögen auf.

Bereits 2013 schockierte die Europäische Zentralbank mit einer Studie, nach der die Deutschen beim Haushaltsvermögen das Schlusslicht der Eurozone bildeten. Danach waren italienische Haushalte durchschnittlich viermal so reich, selbst griechische doppelt so reich wie die Deutschen. Und das, obwohl die Deutschen im internationalen Vergleich eine hohe Sparquote haben.

**Deutschland ist Schlusslicht in der Eurozone bezüglich des Durchschnittsvermögens der Haushalte:** selbst griechische Haushalte sind im Durchschnitt doppelt, italienische viermal so reich



Dieses kontraintuitive Ergebnis lässt sich im wesentlichen mit zwei Faktoren erklären.

<sup>12</sup> Otte, Weltsystemcrash, S. 315.

<sup>13</sup> Otte, Weltsystemcrash, S. 341.

1. Die Deutschen legen ihr Geld schlecht an, nämlich überwiegen in Konto- und Sparguthaben sowie in Lebens- und Altersversicherung. Aktien- und Immobilienbesitz sind im internationalen Vergleich niedrig.
2. Deutschland insgesamt legt sein Auslandsvermögen schlecht an, nämlich zu einem großen Teil ebenfalls in Geldforderungen, die keine oder kaum Zinsen einbringen und zudem von der Inflation in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Target-II-Salden, aber Alleine in der Zeit seit der Finanzkrise hätte Deutschland zwischen zwei und drei Billionen Euro zusätzliches Auslandsvermögen aufbauen können, wenn wir unser Geld ähnlich gut angelegt hätten wie Kanada oder Norwegen. Pro Kopf wären das zwischen 28.000 und 37.500 Euro.<sup>14</sup>

Der für Deutschland zu niedrige Euro hat aber neben der Tatsache, dass die Deutschen verarmen, auch drei weitere negative strukturelle Auswirkungen:

1. Andere Länder, bzw. die Unternehmen anderer Länder, kaufen hingegen massiv deutsche Unternehmen und Aktien. Selbst die USA, die ein großer Nettoauslandsschuldner sind, nutzen die niedrigen Zinsen, um deutsche Unternehmen zu kaufen, von dem Ertrag deutscher Unternehmen zu profitieren und hier mitzureden. Ein Beispiel ist die gigantische Vermögensverwaltungsgesellschaft Blackrock mit einem verwalteten Vermögen von über 5 Billionen US-Dollar, die bei fast allen deutschen Unternehmen größter Anteilseigner ist. Deutscher Cheflobbyist für das Unternehmen ist Friedrich Merz.
2. Der Anpassungsdruck für deutsche Unternehmen, ihrer Produktivität zu steigern und angemessene Löhne und Gehälter zu zahlen, ist gering. Stattdessen haben wir in Deutschland einen massiven Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Das ist ein Pyrrhussieg. Das es auch anders geht, zeigt die Schweiz.
3. Die deutsche Wirtschaft hat eine zu hohe Exportlastigkeit und wird damit besonders krisenanfällig, während im Lande die Infrastruktur verfällt.

## 1.6 Die Wirtschaft steuerte bereits vor Corona auf eine Rezession zu

All dies – die hohen Schulden, die fehlenden Strukturreformen, das Strohfeuer der Trumpschen Wirtschaftsreformen, die Zombifizierung der Wirtschaft führten dazu, dass die deutsche, aber auch die Weltwirtschaft bereits vor der Corona-Pandemie unweigerlich auf eine tiefe Rezession, wenn nicht noch größere Krise zusteuerten. Anfang 2018 wagte ich mich auf dem Fondskongress in Mannheim mit der Prognose heraus, dass der Crash noch in er ersten Amtszeit vom Donald Trump stattfinden wird. Zu lange haben wir die Probleme der Welt vor uns hergeschoben, zu lange Geld gedruckt und ansonsten nichts getan.

- In den USA befand sich die Industrie in einem anhaltenden Abwärtstrend.
- In Deutschland brachen Produktion und Auftragseingang Ende 2019 massiv ein.

---

<sup>14</sup> Stelter, Coronomics, S. 182 – 183.

- Chinas Wirtschaft ist massiv verschuldet, von Fehlallokationen geprägt, und den chinesischen Wachstumszahlen ist vielleicht noch weniger Glauben zu schenken, als denen aus dem USA und aus dem Westen.
- Japan befindet in einer heftigen Rezession, unter anderem ausgelöst durch eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuer.

## 1.7 Der Reset des Weltfinanzsystems war bereits vor Corona in Vorbereitung

Der Reset der Wirtschaft war unvermeidlich und wäre auch ohne Corona eingeleitet worden. Ich und etliche unabhängige Ökonomen warnen schon länger vor einer größeren Krise oder auch einem fundamentalen Wandel der Wirtschaft, unter anderem auch Daniel Stelter und Markus Krall. Im Jahr 2015 schrieb der Holländer Willem Middelkoop ein Buch mit dem Titel *Der große Neustart* (The Big Reset).<sup>15</sup> Etwas zu früh vielleicht aber in den Grundlinien der Argumentation durchaus bis heute stimmig. Die Notenbanken kommen von der Droge des billigen Geldes nicht mehr los. Es muss eine grundlegende Politikänderung, verbunden mit einem Neustart des Finanzsystems erfolgen.

Regierungen, internationale Organisationen und NGOs führen bereits Gedankenspiele durch und machen Pläne, wie ein solcher Neustart aussehen könnte. Bereits 2013 schlug der Internationale Währungsfonds und seiner damaligen Direktorin Christine Lagarde eine Vermögensabgabe von 10 Prozent auf alle Vermögen vor.<sup>16</sup>

Seit 2014 drängt eine mächtige Allianz aus Staaten, Banken, e-Pay- und e-Commerce Anbietern auf die Abschaffung oder zumindest Marginalisierung des Bargeldes.<sup>17</sup> Die Interessenlage ist klar – e-Pay-Anbieter verdienen durch die Privatisierung des kostengünstigen und rechtssicheren Gutes Bargeld viel mehr, e-Commerce-Anbieter bekommen noch mehr Daten und Banken werden noch mächtiger, wenn Kunden ihr Geld nicht mehr abheben können. Massiv profitieren auch die Staaten, die eine schleichende Geldvernichtung durch Negativzinsen oder eine schnelle durch Währungsschnitte viel besser durchsetzen können.<sup>18</sup>

Im November 2016, als die Augen der Welt auf den neugewählten US-Präsidenten Donald Trump gerichtet waren, führte Indien ein laut Cicero „brutales Sozialexperiment“ durch, indem die Regierung über nach die beiden größten Banknoten des Landes abschafften und die Bevölkerung zwar, diese bei einem gültigen Konto umzutauschen.<sup>19</sup> In einem Land, in dem rund ein Viertel der Bevölkerung keine Bankkonten hat, war dies mit erheblichen ökonomischen Härten verbunden. Lange Schlange bildeten sich vor Banken; das Land hatte monatelang mit dieser Disruption zu kämpfen. Lastwagenfahrern ging der Sprit aus, Bauern konnten nicht säen. Kontrolleure der

---

<sup>15</sup> Willem Middelkoop, *Der große Neustart – Kriege um Gold und die Zukunft des globalen Finanzsystems*, Weinheim, 2015.

<sup>16</sup> <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/reich/iwf-plant-zehn-prozent-zwangsabgabe-auf-vermoegen-33266592.bild.html>

<sup>17</sup> <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/nachrichten/oekonom-rogoff-will-bargeld-abschaffen-13274912.html>

<sup>18</sup> Max Otte, *Rettet unser Bargeld*, Berlin 2016.

<sup>19</sup> <https://www.cicero.de/wirtschaft/bargeldverbot-in-indien-ein-brutales-sozialexperiment>

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

Behörden gingen durch Wohnungen, um Gold zu beschlagnahmen.<sup>20</sup> All dies geschah aber nicht aus heiterem Himmel, sondern wurde durch die „Better than Cash Alliance“ vorbereitet, einer Lobbyorganisation zur Abschaffung des Bargeldes. Wie der Handelsblatt-Journalist Norbert Häring bereits im April 2016 beschrieb, spielt Bill Gates auch hier eine Rolle.<sup>21</sup>

In der Europäischen Union wurde 2013 in Zypern zum ersten Mal die Sanierung von Banken durch Heranziehen privater Kontoguthaben geplant. Die Zeit fasste es im folgenden Jahr prägnant zusammen: „Land gerettet, Bürger pleite.“<sup>22</sup>

Bei alledem ist klar, dass die Geldpolitik alleine nicht mehr ausreichen wird, um eine schwächelnde Weltwirtschaft in Gang zu halten. Verschiedene Staaten planen daher massive Anschubinvestitionen. Schon zu Beginn der Amtszeit von Donald Trump spekulierte das angesehene amerikanische Wirtschaftsmagazin Fortune darüber, in welcher Weise Trump Infrastrukturprogramme starten würde.<sup>23</sup> Die tiefe Spaltung des Landes sorgte jedoch dafür, dass Washington sich weitgehend mit sich selbst beschäftigte. In Europa stellte Christine Lagarde im Dezember 2019 einen europäischen „grünen New Deal“ vor, der mit staatlichen Investitionen in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1 Billion Euro mobilisieren sollte.<sup>24</sup>

## 2 Der Corona-Schock: die unmittelbaren Auswirkungen

### 2.1 Unmittelbare Wachstumseinbußen und Insolvenzen

Nach anfänglichem Zögern hat die Bundesregierung, wie viele anderen Regierungen in der Welt, drastische Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus angeordnet, deren Wirksamkeit von etlichen Experten angezweifelt wird, und die einen drastischen Einschnitt in unsere Grundrechte darstellen. Das öffentliche Leben sowie in vielen Bereichen das Wirtschaftsleben steht weitgehend still.

Die Folgen sind massiv: eine Pleitewelle droht, die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt den Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2020 auf 2,8 bis 5,4 Prozent. Das Bundeswirtschaftsministerium schätzt den Rückgang des BIP aufgrund der Corona-Pandemie im Jahr 2020 auf preisbereinigt 6,3 %. Für das Jahr 2021 wird im Zuge des Aufholprozesses ein Zuwachs in Höhe von 5,2 % erwartet.<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> <https://www.goldreporter.de/eskalation-indische-regierung-beschlagnahmt-gold/gold/62673/>

<sup>21</sup> <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/better-than-cash-2/>

<sup>22</sup> <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/zypern-finanzkrise>

<sup>23</sup> <https://fortune.com/2017/02/16/president-donald-trump-economy-executive-orders-policy/>

<sup>24</sup> [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

<sup>25</sup> <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200429-altmaier-corona-pandemie-fuehrt-wirtschaft-in-rezession.html>

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

Das wäre in etwa ein Im Jahr 2009 schrumpfte die deutsche Wirtschaft aufgrund des drastischen Rückgangs der Exporte um 5,7 Prozent. Damals haben wir den Absturz der Weltwirtschaft durch eine Schuldenorgie der Notenbanken verhindert. Heute helfen Geldpolitik und Niedrigzinsen alleine nicht mehr. 2020 treffen ein Nachfrage- und ein Angebotsschock aufeinander. Mehr Geld führt im Zuge eines sich verknappenden Güterangebots schnell zum Anstieg der Inflation, wie es jetzt schon bei bestimmten Lebensmitteln zu beobachten ist.

Es müssen direkte keynesianische Maßnahmen her, also direkte Staatsnachfrage. Direkte Beihilfen an Unternehmen und Menschen, wie zum Beispiel das Arbeitslosengeld werden direkt nachfragewirksam – sie sind im Prinzip das in der Vergangenheit schon öfter erwähnte Helikoptergeld. Der Nachfrageausfall aufgrund der Krise soll damit teilweise kompensiert werden. In der Sprache der Ökonomen: der Staat ist nach Geldpolitik und Angebotspolitik (Verbesserung der Produktionsbedingungen) teilweise zur direkter keynesianischer Nachfragepolitik übergegangen. Keine Frage: wir sind so oder so im ökonomischen Endspiel. Corona ist die ideale Begründung für all die Maßnahmen, die vorher nicht umgesetzt werden konnten.

Dazu hat der Bund einen Nachtragshaushalt über 156 Mrd. Euro beschlossen und die Schuldengrenze außer Kraft gesetzt: die Corona-Pandemie stelle eine außergewöhnliche Notsituation dar, die sich der Kontrolle des Staates entziehe und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtige. Dieser Nachtragshaushalt entspricht knapp 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Maßnahmen umfassen:

- Ein Hilfspaket über 50 Milliarden Euro für Soloselbständige und Kleinunternehmer. Unternehmen bis zu fünf Beschäftigte erhalten 9.000€, Unternehmen bis zu 10 Beschäftigten 0.000.
- Selbständige erhalten leichter Zugang zur Grundsicherung (Hart IV); die Vermögensprüfung wird für 6 Monate ausgesetzt.
- Die Kurzarbeiterregelung wurde wesentlich erweitert: nur zehn Prozent der Beschäftigten müssen von Kurzarbeit betroffen sein, damit Unternehmen Lohnkosten und Sozialabgaben von der Bundesagentur für Arbeit bezahlen lassen können. Auch Leiharbeiter sind eingeschlossen.
- Betriebe und Unternehmen sollen sehr leichten Zugang zu Krediten und Kreditbürgschaften der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben. Im staatlichen „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ sind 400 Milliarden Euro für Kredit und 100 Milliarden Euro für „Kapitalmaßnahmen“, also direkte Beteiligungen, enthalten.
- Wenn Unternehmen direkt von der Pandemie betroffen sind, können sie Steuerstundungen beantragen. Bis Ende 2020 wird zudem auf Vollstreckungsmaßnahmen und Steuerstundungen verzichtet.<sup>26</sup>

Die endgültigen Folgen der Corona-Pandemie sind noch nicht klar. Noch sind die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns beherrschbar und global vielleicht ungefähr mit der Finanzkrise 2008 – 2009

---

<sup>26</sup> Stelter, Coronomics, S. 51 f.

vergleichbar. Mit jeder Woche erhöhen sich die wirtschaftlichen Folgekosten. In den USA wagt der Bundesstaat Georgia den Schritt aus dem Lockdown, obwohl er stark betroffen ist. In NRW dürfen ab dem 1. Mai religiöse Versammlungen wieder stattfinden. Insgesamt geht es im Mai voran mit den Lockerungen.

## 2.2 Staatsverschuldung

Es ist offensichtlich, dass die Staatsverschuldung von einem bereits nicht-nachhaltigen Niveau aus noch einmal sprunghaft ansteigen wird. Die Europäische Zentralbank will dem Markt 750 Milliarden Euro an Liquidität zuführen, die EU hat die Schuldenbremsen ausgesetzt, die Bundesregierung will 600 Milliarden Euro bereitstellen. Wenn es aber schon 2019 ausgeschlossen war, dass die Welt ohne besondere Maßnahmen von ihrem Schuldenberg herunterkommen würde, so ist es nach Corona mehr als offensichtlich. Einige Indikationen für das Ausmaß der (notwendigen) Neuverschuldung der Staaten gebe ich in Kapitel 3 (Was jetzt zu tun ist). Bereits vorab: eine Schuldenbremse ist der falsche Weg. Wir werden um massive Neuverschuldung nicht umhinkommen.

## 2.3 Inflation

Laut einer Studie der Federal Reserve Bank von San Francisco vom März 2020 kam es bei allen zwölf untersuchten Pandemien, darunter die Pest, die Spanische Grippe und die HINI-Grippe, zu einem deutlichen Anstieg der Reallöhne, obwohl die Regierungen das in manchen Fällen bremsen wollten.<sup>27</sup> Wenn das auch diesmal der Fall sein sollte, würde sich der langfristige Trend zu niedrigeren Lohnquoten umdrehen, was aus gesellschaftspolitischer Sicht durchaus sinnvoll wäre. Damit dürften aber auch die Preise tendenziell steigen und die Inflation sich beschleunigen.<sup>28</sup>

## 2.4 Beschleunigter Strukturwandel in Richtung virtuelle Wirtschaft

Während große Teile der Wirtschaft stillstehen, die Automobilindustrie eine Vollbremsung hingelegt hat und im Gast- und Hotelleriegewerbe eine Pleitewelle großen Ausmaßes droht, boomt die virtuelle Wirtschaft. Anbieter von Videokonferenzen wie Zoom haben Hochkonjunktur.

Die größten Krisengewinner aber heißen Microsoft, amazon, Alphabet (Google), Netflix & Co. Im Mai 2020 hatte der Aktienkurs von amazon das vorherige hoch von Februar um 10 Prozent überschritten, Microsoft hatte das alte Allzeithoch wieder erreicht, Alphabet (Google) stand nur acht Prozent darunter. Die Corona-Pandemie ist somit ein gigantisches Strukturförderungsprogramm für die großen amerikanischen (und chinesischen) Internetoligopolisten, das in seinem Umfang nicht überschätzt werden kann und weitaus wertvoller ist als die Finanzhilfen, die jetzt vom Staat and Kleinbetriebe, Mittelständler und Produktionsbetriebe ausgehändigt werden.

Damit wird Europa in der Weltwirtschaft noch weiter an den Rand gedrängt. Die großen Internetkonzerne, um deren Zerschlagung und Regulierung schon vor der Corona-Krise eine

---

<sup>27</sup> Stelter, Coronomics, S. 124.

<sup>28</sup> <https://www.wiwo.de/my/politik/konjunktur/treibt-corona-die-inflation-ja-nach-der-krise-kommt-die-inflation-mit-macht/25845292.html?ticket=ST-2448879-UoDbwEE9EOWGXYJy9TXT-ap5>

Diskussion entflammt war, werden noch mächtiger.<sup>29</sup> Der Mittelstand und Selbständige geraten weiter unter Druck.

Ich enthalte mich jeglicher Bewertung, kann aber nicht umhin, festzustellen, dass sowohl Microsoft als auch die Pharmaunternehmen, in welche die Bill und Melinda Gates Foundation investiert, massiv von der Corona-Pandemie profitieren. Und dass die Gates-Foundation im Fall der Pläne für die Bargeldabschaffung eng mit der New Yorker UNO-Organisation UN Capital Development Funds zusammenarbeitet, im zweiten Fall eng mit der Weltgesundheitsorganisation WHO.<sup>30</sup>

## 2.5 Beschleunigter Angriff auf unsere Daten

Corona ist der ideale Vorwand, den Angriff auf die Privatsphäre und unsere persönlichen Daten fortzusetzen. Neben e-Pay und Bargeldverdrängung, Social Media und Datenkraken im Internet wird jetzt auch die Pandemiebekämpfung zum Grund, Tracking Apps einzuführen und massiv Daten zu sammeln.<sup>31</sup> Der Digitale Totalitarismus, vor der vor allem Norbert Häring und Ulrich Horstmann warnen, ist weiter auf dem Vormarsch.<sup>32</sup>

## 2.6 Deglobalisierung und globale Spannungen

Die Corona-Pandemie verstärkt die Spannungen zwischen den USA und China. In den USA erklingt derzeit parteiübergreifend der Ruf, China zu „bestrafen“. Das ist hoch gefährlich, denn China ist kein kleines Land wie Syrien oder Venezuela. Der US-Insider und langjährige Dekan der Kennedy School of Government sieht eine reale Kriegsgefahr und hat diese bereits 2018 in einem Buch thematisiert.<sup>33</sup> Selbst wenn es gelingt, eine Eskalation zu vermeiden, tritt das Weltsystem in eine neue Phase ein. Vielen galt und gilt die Globalisierung als ein unumkehrbares Dogma. Aber tatsächlich verläuft die Globalisierung in Zyklen. Bereits in Der Crash kommt sagte ich 2006 auf der ersten Seite des Haupttextes ein ein „Platzen der Globalisierungsblase“ voraus:

Die Globalisierung selbst hat eine große Blase erzeugt, die über kurz oder lang entweder schnell platzen oder langsam in sich zusammensinken muss.<sup>34</sup>

Ursache ist der relative Aufstieg Chinas und der relative Abstieg der USA. Das „Zentrum der der Weltwirtschaft wandert“.<sup>35</sup> Gemessen an der Kaufkraftparität überholte China die Wirtschaftsleistung bereits 2013.

---

<sup>29</sup><https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/google-amazon-und-co-us-internetkonzerne-geraten-unter-druck/24420090.html>

<sup>30</sup> <https://norberthaering.de/news/btca-1/?lang=de>

<sup>31</sup> Norbert Häring, Schönes neues Geld: PayPal, WeChat, Amazon Go – uns droht eine totalitäre Weltwährung, Frankfurt, Campus, 2018.

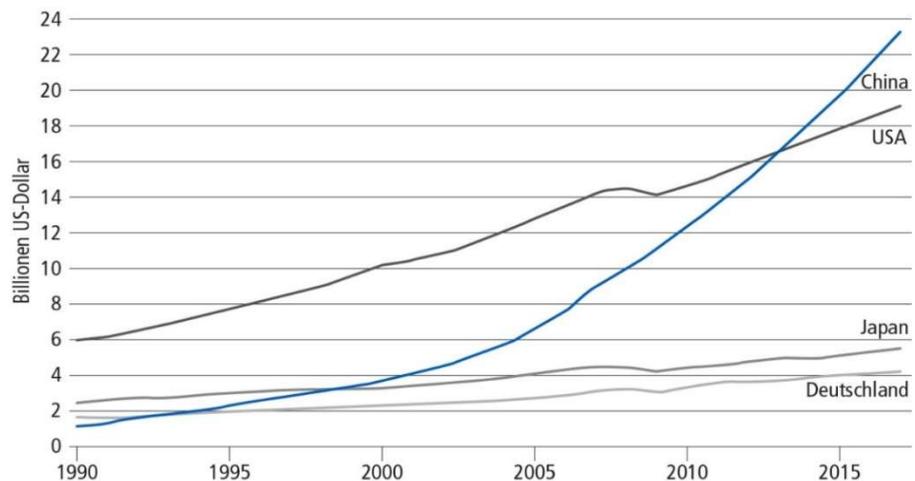
<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Allison, Graham, Destined for War – Can America and China escape Thukydides' Trap, London, Scribe UK, 2018.

<sup>34</sup> Otte, Max, Der Crash kommt, Berlin, Econ, 2006, S. 19.

<sup>35</sup> Otte, Der Crash kommt, S. 51 ff. Weltsystemcrash, S. 75 ff.

**Chinas Wirtschaft überholte die amerikanische bereits 2013**  
Bruttoinlandsprodukt bei Kaufkraftparität (PPP)



Quelle: <https://data.worldbank.org/indicator/36>

Die USA reagieren mit einer immer aggressiveren Außenwirtschaftspolitik, denn das „die liberale offene Weltordnung“ ist auch eine US-zentrierte hegemoniale Weltordnung, in der die USA die Vorteile ihrer Position auszunutzen verstehen. China positioniert sich zwischenzeitlich mit Initiativen einer „neuen Seidenstraße“ und einer asiatischen Entwicklungsbank, an der sich Deutschland sogar gegen den Willen der USA beteiligt.<sup>37</sup>

Nach der Wahl Donald Trumps wurden die Pläne für das transatlantische Freihandelsabkommen Ende 2016 zunächst einmal auf Eis gelegt, Das ist gut so, denn TTIP hätte den Anschluss Deutschlands und der EU an die USA bedeutet und die Kompetenz der Staaten massiv ausgehebelt. Bereits nach der Finanzkrise fand in vielen Finanzmärkten eine gewisse Renationalisierung statt. Als einer der wenigen Finanzmärkte ist der deutsche Finanzmarkt weiter offen wie ein Scheunentor für ausländische Finanzprodukte. Auch die EU-Sanktionen gegen Russland und die vielfältigen Wirtschaftssanktionen der USA gegen viele Länder wirken de globalisierend. Auch der Brexit ist in die Reihe der Deglobalisierungssignale und -tendenzen einzuordnen.<sup>38</sup> Der Handelskrieg, den Donald Trump mit China entfesselte, markiert das Ende der Globalisierungswelle, die nach 1945 anlieft.

Einer, der es verstanden hat, dass es ein „Weiter so“ nicht geben wird, ist Henrik Müller, Chefökonom des manager magazin und Professor für Wirtschaftsjournalismus an der TU Dortmund. „Die westlich dominierte Weltwirtschaftsordnung geht zu Ende – und es dürfte noch schlimmer kommen“, schreibt er im Sommer 2019. Müller sieht drei mögliche Szenarien.

<sup>36</sup> Otte, Weltsystemcrash, S. 77.

<sup>37</sup> Weltsystemcrash, S. 80 ff.

<sup>38</sup> Otte, Max, Der Brexit und andere Unfälle – tiefere Ursachen und Konsequenzen für die Deutsche Wirtschaft, Ursprünglich erschienen in List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik (43:1), 2017, wieder Abgedruckt in Otte, 2018, S. 255 – 263.

1. Einerseits könnte ein neuer US-Präsident, der 2020 gewählt wird, es schaffen, den Westen noch einmal zu einen. Eine westliche Großfreihandelszone nach dem Modell des gescheiterten TTIP würde entstehen. Deren Regeln müssten China, Russland und andere akzeptieren – oder draußen bleiben.
2. Oder es bilden sich große Handelsblöcke – die EU, USMCA (früher NAFTA), und eine von China dominierte pazifische Wirtschaftszone Transpazifische Partnerschaft–, die im Innern offen, nach außen aber relativ geschlossen sind.
3. Schließlich ist auch ein kompletter Zerfall der Weltwirtschaftsordnung nicht auszuschließen. Das Resultat wäre ein Handels- und Währungskrieg aller gegen alle. Henrik Müller sieht Szenario zwei als das wahrscheinlichste an. Krisenökonom Daniel Stelter hingegen stellt vermehrte Anzeichen für einen Währungskrieg fest.

Auch für die Weltpolitik insgesamt sehe ich unter Einbeziehung militärischer Aspekte drei Hauptszenarien: 1. ein neuer „Kalter Krieg“ zwischen einem amerikanisch dominierten und einem chinesisch geführten Block, 2. ein heißer globaler Krieg und 3. eine halbwegs stabile Großraumordnung mit mehr als zwei Blöcken.

Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, rechnet aufgrund des Virus mit einem Rückgang der Globalisierung. Die Unternehmen würden ihre Wertschöpfungsketten robuster aufstellen, und das sei gut so. Was bereits in den letzten Jahren begann, wird nun durch die Corona-Krise beschleunigt. Die amerikanische Regierung unter Präsident Donald Trump arbeitet offenbar unter Hochdruck daran, industrielle Lieferketten aus China zu entfernen.<sup>39</sup> Selbst im offenen Deutschland will man die Außenwirtschaftsverordnung ändern, um Übernahmen bei Unternehmen der Medizintechnik und Pharmaindustrie in Zukunft zu erschweren.

## 3 Was jetzt zu tun ist

### 3.1 Sofortige Öffnung der Wirtschaft

Im Bereich der medizinischen Maßnahmen bin ich interessierter Laie und kann mir insofern kein fachkundiges Urteil erlauben. Allerdings scheint mir eine sofortige Aufhebung aller Corona-Regeln bei das Richtige. Die Kompetenzen für die Pandemie sind dahin zurückzuverlagern, wo sie bei einem dezentral gut funktionierendem System wie dem deutschen Gesundheitssystem auch hingehören: in die Gesundheitsämter. Risikogruppen sind besonders zu schützen. Hierfür sind neue Regeln notwendig.

Die ökonomischen Kosten, aber auch die Kosten für Rechtsstaat und Zivilgesellschaft stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Maßnahmen, zumal wir bislang auf einer sehr unklaren Datenbasis operieren. Bei Toten, die COVID-19 hatten, wird routinemäßig auf Obduktionen verzichtet; es ist in den meisten Fällen nicht klar, ob die Menschen an oder mit Corona starben. Bei

---

<sup>39</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-trump-regierung-will-lieferketten-aus-china-herausholen-16754747.html>

„Corona-Toten“ mit einem gewissen Nachrichten- oder Prominenzfaktor wird dies als Nachricht breit gestreut, wie zum Beispiel bei dem 91jährigen langjährigen Butler im Weißen Haus, Wilson Jerman.<sup>40</sup>

In einem brisanten internen BMI-Papier wird sogar angedacht, dass die medizinischen Kosten der Corona-Maßnahmen in Form von Menschenleben über ihrem Nutzen liegen könnten. Durch nicht ausgenutzte OP-Kapazitäten, unterlassene OPs und unterbrochene Prozesse könnten mehr Menschen gestorben sein, als wenn diese Maßnahmen nicht erfolgt wären. Das geht auch aus einer Stellungnahme externe Experten hervor, die von einem stellvertretenden Referatsleiter im BMI in Auftrag gegeben worden ist.<sup>41</sup>

## 3.2 Direkte Beihilfen, Staatsnachfrage und Investitionen („Keynesianismus“)

### 3.2.1 Beihilfen an den Unternehmenssektor

In dieser Krise hat die Politik viele Bereiche der Wirtschaft radikal auf Null gefahren und viele weitere massiv beeinträchtigt. Ich schließe mich der Auffassung von Daniel Stelter an, der kritisiert, dass viele Maßnahmen auf erleichterter Kreditvergabe beruhen, denn

- Umsätze fallen aus, damit entstehen reale, nicht mehr aufholbare Verluste
- Kredite müssen irgendwann zurückgezahlt werden

Das führt zu Sparmaßnahmen und Entlassungen, hat also den gegenteiligen Effekt wie beabsichtigt. Stattdessen sind direkte Beihilfen an Betroffene der richtige Weg. Stelter schlug hierzu vor, die Wirtschaft in ein künstliches Koma zu versetzen – Unternehmen sollten monatlich für ihre Umsatzausfälle direkte Überweisungen durch die Finanzämter erhalten.<sup>42</sup>

Was auf den ersten Blick unrealistisch erscheint, ist schon mehrfach erprobt worden und wäre sogar in Deutschland absolut möglich gewesen. Die Staatsschulden in Deutschland liegen bei „nur“ 70 Prozent des BIP. Selbst, wenn die direkten Beihilfen ein Jahr lang durchgehalten würden, lägen den deutschen Staatsschulden vielleicht bei 100 Prozent des BIP. Angesichts von Staatsschulden schon jetzt von 136% in den USA, 147% in Italien, 239% in Japan und 122% in Frankreich wäre dies sicherlich möglich gewesen.

In Irland ist dieses Szenario zwischen 2007 und 2012 durchexerziert worden, als das Land einen völlig maroden Bankensektor retten musste und die Schulden von 24 auf 120 Prozent des BIP in die Höhe schossen. Mittlerweile ist schon wieder eine Halbierung gelungen.

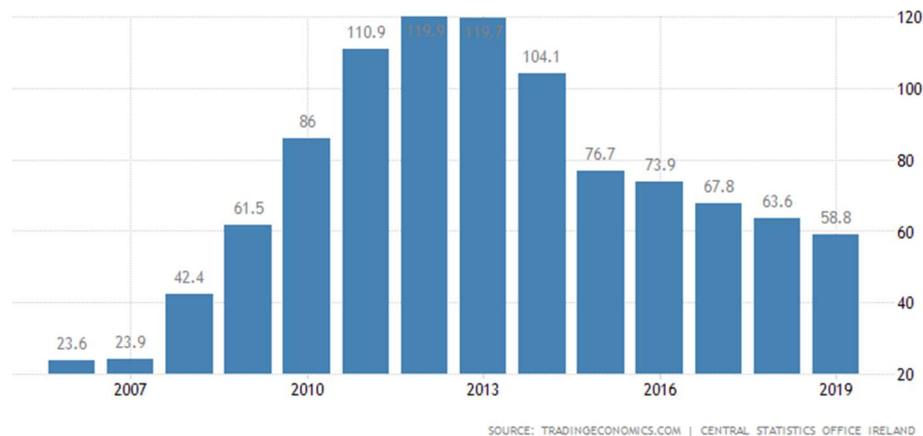
---

<sup>40</sup> <https://web.de/magazine/news/coronavirus/50-jahre-butler-weissen-haus-wilson-jerman-stirbt-covid-19-34724740>

<sup>41</sup> <https://politik.der-privatinvestor.de/images/dokumente/bmi-pressemitteilung.pdf>

<sup>42</sup> Stelter, Coronomics, S. 55 ff.

### Staatsverschuldung Irlands vor und nach der Bankenrettung



### 3.2.2 Zahlungen und Beihilfen an Privatpersonen

Durch die vergleichsweise gut ausgebauten Sozialsysteme erhalten in Not geratene Personen in Deutschland im internationalen Vergleich relativ hohe Arbeitslosengelder oder Sozialhilfe. Dies wirkt als „automatischer Stabilisator“ für die Wirtschaft, was Deutschland gerade in dieser Krise zugutekommt. Es war richtig, die Kriterien für Kurzarbeitergeld andere Kriterien deutlich zu erleichtern und den Kreis der Empfänger auszuweiten.

Auch die von Daniel Stelter vorgeschlagenen Konsumgutscheine sind in solch außergewöhnlichen Zeiten durchaus in Erwägung zu ziehen, vielleicht nur für Personen, die von der Pandemie wirtschaftliche betroffen sind, also z.B. nicht für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes.

### 3.2.3 Infrastrukturinvestitionen

In diesem Zusammenhang sind auch staatliche Infrastrukturinvestitionen wichtig, die die Produktivität unseres Landes steigern. Hierzu gehören auch besser bezahlte Lehrer und eine besser bezahlte Polizei. Dies sind zwar laufenden Ausgaben, aber mit der Investition in Bildung und öffentliche Sicherheit sichern unsere Zukunftsfähigkeit. Das wäre zu vergleichen mit Forschungsausgaben bei Pharma- und IT-Konzernen, die auch keine direkten Infrastrukturinvestitionen sind. Auf das Thema gehe ich detaillierter unter Punkt 3.3. ein.

### 3.2.4 Das Dogma der schwarzen Null begraben

Selten wurde ein Dogma in Deutschland so breit akzeptiert und war gleichzeitig so falsch wie das Dogma der schwarzen Null. Es ist immer noch breite Überzeugung in Deutschland, dass das Land Vermögen aufbauen kann, wenn der Staat spart. So einfach ist es nicht.

Es lohnt sich, die elementaren Definitionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu kennen, bzw. sich diese anzueignen. In einer geschlossenen Volkswirtschaft können Unternehmen nur Einkommen erzielen, indem sie Konsumgüter- oder Investitionsgüternachfrage von Privatpersonen oder des Staates befriedigen. (Gilt auch für konsumptive und investive Dienstleistungen.) Ersparnisse

sind definiert als Überschüsse von Einnahmen über Ausgaben der Sektoren. Was gespart wird (nicht konsumiert wird) muss für investive Zwecke verwendet werden.

Die Summe der Ersparnisse ist immer Null: Sparen zum Beispiel die Haushalte, müssen sich Unternehmen und/oder Staat in gleicher Höhe verschulden. In Deutschland sparen die Privathaushalte vergleichsweise viel. Wenn sich Staat und Unternehmen nicht entsprechend verschulden, bleibt eine weitere Möglichkeit: das Ausland verschuldet sich bei Deutschland.

Dies ist in den letzten Jahrzehnten fast durchgehend der Fall gewesen, zuletzt mit Rekordüberschüssen. Das deutsche Auslandsvermögen ist allerdings überwiegend selten dumm in Geldforderungen wie den Target-II-Salden angelegt. Ein Großteil der deutschen Kredite an das Ausland wird wertberichtigt oder abgeschrieben werden müssen. Durch diese Kredite an das Ausland haben wir Exportüberschüsse finanziert, also Konsum und Investitionen des Auslands. Sie haben immerhin in Deutschland Arbeitsplätze in der exportorientierten Wirtschaft erhalten, was allerdings zu einer großen Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft und zur Unzufriedenheit bei den EU-Partnern und in den USA führte.

Besser wäre es gewesen, sinnvoll in Zukunftsprojekte zu investieren und die Binnenwirtschaft zu stärken. Das schließt intelligentes Sparen bei Staatsausgaben an vielen Stellen nicht aus. Die privaten und öffentlichen Investitionen machen in Deutschland 21,8% des BIP aus, was zwar deutlich über den USA (21,1%) und dem UK (16,4%) liegt, aber gleichzeitig deutlich hinter Frankreich (23,3%), Japan (24,6%) und Österreich (25,7%). Spitzenreiter sind Korea (31,4%) und das rohstoffreiche Norwegen (28,2%).

Der Japanische Staat investiert mit 3,8% des BIP fast im Vergleich zu Deutschland mit 2,4% immerhin 60% mehr. Stelter. „Wir wissen allerdings, dass diese Strategie (zu) geringer (staatlicher, Anm. d. Verf.) Investitionen in mehrfacher Hinsicht falsch ist:

- Zu geringe Investitionen verschlechtern die Standortbedingungen,
- Weshalb sie dazu beitragen, dass die privaten Investitionen zurückgehen,
- Was wiederum weitere private Investitionen unattraktiv macht
- Was die Produktivitätszuwächse, die dringend benötigt werden, verhindert.“<sup>43</sup>

Stelter schlägt daher als Ziel für gesamtwirtschaftliche Investitionen 25% des BIP in Deutschland vor, und für staatliche Investitionen 3,5%. Das wäre dann das Niveau Frankreichs, aber immer noch deutlich unter dem Niveau Japans. Allerdings auch eine Steigerung um 46% im Vergleich zum jetzigen Niveau.<sup>44</sup>

In dieser Situation ist auch direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbank denkbar. Christine Lagarde hat das Dogma der Unabhängigkeit der Notenbank schon in Frage gestellt. Japan betreibt direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbank im großen Stil schon seit mehr als 2 Jahrzehnten.

---

<sup>43</sup> Stelter, Coronomics. S. 169

<sup>44</sup> Stelter, Coronomics, S. 167

Auch der „New Deal“ in den USA war notenbankfinanziert.<sup>45</sup> Was für viele deutsche Ohren wie ein Sakrileg klingen mag, wird unausweichlich sein, weil andere Notenbanken in Europa und die EZB es tun werden. Und dann würde sich Deutschland mit einer Politik der Zurückhaltung weder wirtschaftlich einen Gefallen tun, noch Freunde in der Eurozone schaffen.

### 3.3 Intelligente Maßnahmen, Zukunftsinvestitionen und Effizienzsteigerung

Die durch die Corona-Maßnahmen ausgelöste Krise ist eine Chance zum Umsteuern im großen Maßstab, und sie ist, so abgedroschen das klingen mag, eine große Chance. Daniel Stelter hierzu: „Der Vergleich (der heutigen Situation schon vor Corona, Anm. d. Verf.) mit der Großen Depression der 1930er Jahre liegt nahe. (...) Der Crash stürzte die Welt in eine deflationäre Depression, die letztlich erst durch Aufrüstung und Krieg überwunden wurde – finanziert von den Notenbanken.“

Das Finanz- und Wirtschaftssystem sieht vor einem Neustart. Was normalerweise nur nach einem Krieg stattfindet, könnte auch nach der Corona-Pandemie gelingen. EZB-Präsidentin Christine Lagarde stellte bereits Ende 2019 mit dem von ihr vorgeschlagenen „Green New Deal“ das Dogma der Unabhängigkeit der Notenbanken in Frage.<sup>46</sup> Die 100 Milliarden, die sie in Aussicht stellte, und die der Katalysator für insgesamt 1000 Milliarden an Investitionen sein sollen, sind allerdings nur ein Bruchteil der Summe, die notwendig sein wird. Corona bietet uns die Chance, aus der Wohlstands- und Wachstumsillusion seit der Finanzkrise auszusteigen und einige Weichen grundlegend neu zu stellen.

Aktuelle Studien zeigen, dass der deutsche Staat in den kommenden zehn Jahren mindestens 450 Milliarden Euro investieren müsste, nur um Versäumnisse aufzuholen:

- 161 Milliarden auf kommunaler Ebene
- 110 Milliarden auf nationaler Ebene für Bahn, Breitbandausbau und Autobahnen
- 109 Milliarden für Bildung
- Noch nicht hinzugerechnet Klimaschutz und sozialer Wohnungsbau<sup>47</sup>

Deutschland ist immer noch eines der reichsten Länder der Welt. Durch sinnvolle staatliche Investitionen statt sinnlosem Konsum sowie Förderung von Privatinitiative und Unternehmertum muss Deutschland auf den Pfad des Produktivitätswachstums zurückkehren um damit seine Leistungsfähigkeit, die einzigartige Sozialpartnerschaft und den sozialen Konsens zurückzugewinnen, die unser Land so erfolgreich gemacht haben.

In Das Märchen vom Reichen Land zeigt Daniel Stelter, dass wir nicht nur unsere staatlichen Investitionen erhöhen sollten, sondern durch aus an vielen Stellen auch sparen können, also vom vermögensvernichtenden Konsum, z.B. bei der sogenannten Eurorettung und der Migration in sinnvolle Ausgaben umschichten können.

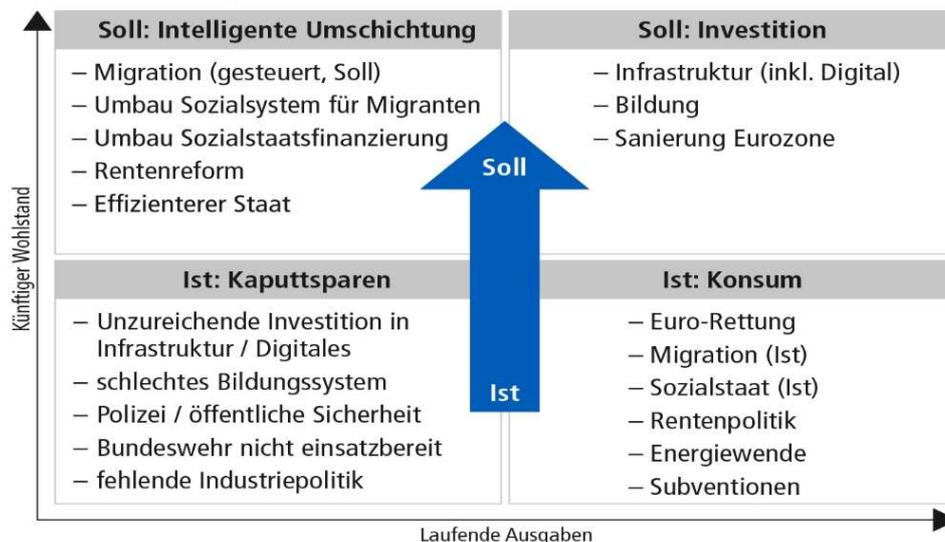
---

<sup>45</sup> Stelter, Coronomics, S. 120.

<sup>46</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article204144990/Klimaschutz-EZB-Chefin-Christine-Lagarde-wagt-sich-an-das-naechste-Tabu.html>

<sup>47</sup> Stelter, Coronomics, S. 76.

**Deutschland spart sich kaputt und konsumiert, statt für zukünftigen Wohlstand zu sorgen**



Angesichts des dringenden Investitionsbedarfs in Deutschland sollte ein Großteil, wenn nicht fast alle Investitionen in Deutschland erfolgen und nicht über irgendwelche strukturellen Programme.

### 3.4 Flankierende Maßnahmen

Deutschland hatte ein einzigartiges Wirtschaftsmodell, einen gesunden Mittelstand und eine breite Mittelschicht. Die Mittelschicht ist die Basis der Demokratie. Zum sozialen Konsens und zur sozialen Sicherheit gehören funktionierende öffentliche Güter (öffentliche Sicherheit, Schulen, Verkehr, Energieversorgung) und eine Entlastung der Mittelschicht, unter anderem:

- Entlastung der Mittelschicht von Steuern
- Entlastung der Mittelschicht von Bürokratie (Verhältnismäßigkeitsprinzip)
- Strengere Gesetzgebung und Markordnung (Regulierung) bei Großkonzernen, insbesondere den großen Internetkonzernen
- Ggf. Vermögenssteuern und höhere Steuersätze bei Kapitalerträgen bei einer deutlichen Erhöhung der Freibeträge (Ver10fachung der Freibeträge)
- Reform des Steuersystems und der Konzernbesteuerung
- Faire Renten, die auch in den Ballungsgebieten ein lebenswertes Leben ermöglichen und die einen Bezug zur Arbeitsleistung haben
- Erhalt und Ausbau der Krankenversicherung
- Ausbau von Bildung und Wissenschaft

Daniel Steltern nennt unter anderem Entlastung der Arbeitnehmer von Abgaben und Steuern, Flexibilisierung des Übergangs von Teil- in Vollzeit und wieder zurück, generell das Zulassen flexiblerer Arbeitsformen, Reduktion der Zahl der Langzeitarbeitslosen, schnellere Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt.<sup>49</sup> Obwohl Stelter für massive staatliche Investitionen plädiert, sieht

<sup>48</sup> Stelter, Das Märchen vom reichen Land, S. 199.

<sup>49</sup> Stelter 174 ff.

er auch an vielen Stellen Einsparungspotential. So sind die Verwaltungsausgaben für den Sozialstaat seit 1970 um 40 Prozent schneller als das BIP gestiegen. Wir beschäftigen immer mehr Menschen, um die Umverteilung zu organisieren. Unter anderem liegt es daran, dass die Gesetze und Verordnungen so komplex geworden sind. Dasselbe gilt für den Gesundheitssektor.<sup>50</sup>

### 3.5 Reform der Eurozone

Die Investitionsprogramme sollten überwiegend auf nationaler Ebene und in nationaler Verantwortung stattfinden. Das angeblich reiche Deutschland hat seine Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Nationale Investitionsprogramme stimulieren auch die Binnennachfrage in Deutschland und helfen so unseren Handelspartnern besser, als wenn weiteres deutsches Geld in unproduktive Verwendungen im Süden fließt.

Im Zusammenhang mit dem Neustart der Wirtschaft muss auch die Eurozone reformiert werden. Der Trend zur Schuldenunion muss gestoppt, Parallelwährungen ermöglicht werden. Das jüngst Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Anleihekaufprogrammen der EZB ist ermutigend.

### 3.6 Schuldentilgung oder -rückführung: Wer soll das bezahlen?

Daniel Stelter schätzt, dass die Staatsverschuldung relativ zum BIP im Verlauf der Corona-Krise in den verschiedenen Ländern um jeweils pauschal 30% ansteigt. Dies ist zwar eine relativ pauschale Schätzung, und der Anstieg wird in den einzelnen Ländern sicher unterschiedlich sein, es ist aber eine gute Annahme, um das Ausmaß der zu erwartenden Probleme auszuloten. Die Deutschen Staatschulden stiegen dann von 70 auf 100% des BIP, die Italiens von 147% auf 177%, die Frankreichs von 122 auf 152%, die der USA von 136 auf 166% und die Japans von 239 auf 269%. Der Schuldenstand der USA relativ zum BIP wird damit höher als nach dem Zweiten Weltkrieg sein.

In seiner legendären Denkschrift von 1943/44 legt der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard dar, wie der Neustart der deutschen Wirtschaft dem Zweiten Weltkrieg und der Abbau der immensen Schulden gelingen kann.<sup>51</sup> Im Detail bespricht er drei Wege: 1. die Vermögensabgabe, 2. die dosierte Inflation und 3. die Schuldenannullierung.

Erhard bezeichnet alle drei Wege als „Scheinlösung“, weil sie alle das eigentliche Problem nicht dauerhaft lösen: die laufenden Ansprüche einer Volkswirtschaft müssen aus dem laufenden Einkommen erwirtschaftet werden (wenn kein Auslandsvermögen vorhanden ist). Die drei Scheinlösungen bewirken zwar eine gewisse Vermögensumverteilung und Strukturveränderung der Wirtschaft, aber es ist keinesfalls gesagt, dass die Wirtschaft danach zukunftsfähig ist.

In Principles for Navigating Big Debt Crises untersucht der erfolgreiche US-Hedgefondsmanager den Verlauf von 48 historischen Schuldenkrisen und beschreibt vier Lösungen:

1. Sparprogramme

---

<sup>50</sup> Stelter, Coronomics, S. 177 – 178.

<sup>51</sup> Ludwig Erhard, Schuldenfinanzierung und Kriegspolitik, mit Vorbemerkungen, Faksimile-Druck der Denkschrift von 1943/44reg, Propyläen, Frankfurt/Main, 1977.

2. Schuldenerlasse und Restrukturierungen
3. Gelddrucken der Notenbank
4. Umverteilung von Vermögen und Kredit von denen, die mehr haben, als sie benötigen, zu denen, die weniger haben<sup>52</sup>

Lösungen 2 – 4 entsprechen den von Ludwig Erhard genannten Scheinlösungen. Sparprogramme waren für eine verwüstete deutsche Wirtschaft nach 1945 keine Option. Nach Corona wird sich die Schuldenkrise, in der sich die Welt befand, noch einmal dramatisch verschärft haben. Unter den 48 von Dalio untersuchten Krisen befanden sich etliche, die gut gemanagt wurden. Dies gilt allerdings überwiegend für Länder, die sich in der eigenen Währung verschuldet haben.

Deswegen ist auch eine intelligente Mischung von Schuldenreduktion und Investitionen und wachstumsfördernden Maßnahmen notwendig. Als erfolgreicher Praktiker – Ray Dalio ist seit über 50 Jahren im Geschäft, kaufte seine ersten Aktien mit 12 Jahren, managt 150 Milliarden Dollar und belegt mit einem Vermögen von knapp 20 Milliarden Dollar den 25. Platz auf der Forbes-400-Liste der reichsten Amerikaner – äußert sich Dalio nach seiner Studie von 48 Schuldenkrise wie folgt:<sup>53</sup>

Jeder der (vier oben genannten) Hebel hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Einige sind inflationär und beleben das Wachstums (z.B. „Gelddrucken“), andere sind deflationär und helfen, die Schuldenlast zu reduzieren (Sparprogramme, Umstrukturierungen und Insolvenzen). (...) Der Schlüssel, eine „schöne Schuldenreduktion“ zu erreichen, liegt darin begründen, die richtige Balance zwischen den einzelnen zu finden. (...)

Diese Hebel bestimmen, wer profitiert und wer leidet, und über welchen Zeitraum. Politikverantwortliche finden sich in der schwierigen Position, die Wahl treffen zu müssen. Als Resultat schätzt man ihre Arbeit kaum, auch dann nicht, wenn sie gutes Krisenmanagement betreiben.<sup>54</sup>

Dalio ist ein erfolgreicher Praktiker. Er hängt weder dem neoliberalen noch den keynesianischen Dogma an und betrachtet die Situation nüchtern und empirisch ohne Scheuklappen. Auch für Deutschland wäre es gut, wenn die Politik nicht Dogmen sondern von den Erfordernissen des Moments betrieben würde. Im Juni 2019 rief Dalio auch zu einer Reform des Kapitalismus auf und nannte die mittlerweile erreichte Ungleichheit der Vermögensverteilung in den USA einen „nationalen Notstand“.<sup>55</sup>

Die Schulden, die aufgrund der Corona-Krise massiv steigen werden, lassen sich neben der dosierten Inflation entweder durch Schuldstreichung („Monetisierung durch die Zentralbanken“) oder eine Vermögensabgabe tilgen. Deutschland hat eine Tradition der Vermögensabgabe, die südlichen Staaten der EU und Frankreich „monetisieren“ ihre Schulden lieber. Ich schließe mich Daniel Stelter

---

<sup>52</sup> Ray Dalio, Principles for Navigating Big Debt Crises, Westport, Conn., Bridgewater, 2018, S. 12.

<sup>53</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Ray\\_Dalio](https://en.wikipedia.org/wiki/Ray_Dalio)

<sup>54</sup> Dalio, Principles, S. 12.

<sup>55</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Ray\\_Dalio](https://en.wikipedia.org/wiki/Ray_Dalio)

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag: „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“ am 27. Mai 2020 – Stellungnahme Prof. Dr. Max Otte

an und befürworte für den Großteil der Schulden eine Monetisierung in Form eines europäischen Schuldentilgungsfonds.

Bislang wurde in Deutschland eine Vermögensabgabe dreimal in großem Stil erhoben: als „Wehrbeitrag“ im Jahr 1913, als „Reichsnotopfer“ 1919 und mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952. Als Bundestagsdrucksache WD 4 – 3000 – 041/20 haben die wissenschaftlichen Dienste des Bundestags ein Gutachten veröffentlicht, das sich mit der „Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie“ beschäftigt. Darin findet sich die vorsichtige Einschätzung, dass eine direkte Vermögensabgabe im Zuge des Corona-Lockdowns wohl eher nicht verfassungsmäßig ist, wie die Höhe der Belastungen noch gar nicht feststeht.

Verfassungsmäßigkeit hin oder her: die Staaten sind mittlerweile sehr viel klüger, die Kaufkraft der Mittelschicht abzuschöpfen. Sei es durch Negativzinsen und Niedrigzinsen (Abschmelzen der Ersparnisse), ggf. direkte Heranziehung von Ersparnissen zur Bankensanierung (Testfall Zypern 2013; Bai-in-Richtlinie der EU), neue Steuern, Erhöhung der Gebühren und Beiträge für öffentliche Dienstleistungen und so weiter und so fort. Wenn zum Beispiel eine Vermögensabgabe rechtlich nicht zulässig sein sollte, so wären es doch zum Beispiel höhere Grundsteuern, wenn sie politisch korrekt beschlossen würde. Allerdings treffen diese Maßnahmen wieder überwiegend die Mittelschicht, während die wirklich Vermögenden sie weitgehend umgehen können. Eine Reform des Steuersystems ist also dringend geboten – eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Mittelschicht und Mittelstand sowie eine moderate Erhöhung bei wirklichen Großverdienenden und großen Vermögen.

Ich schließe mich Daniel Stelters Vorschlag eines europäischen Schuldentilgungsfonds an: die Europäische Zentralbank kauft einfach Schulden in Höhe von 75% des BIP eines jeden Landes schrittweise bei der Ausgabe neuer Anleihen auf. Diese werden in einem Schuldentilgungsfonds eingebracht. Die Forderungen der EZB gegen den Fonds werden auf 100 Jahre gestreckt und damit praktisch entwertet. Alle Staaten nehmen unabhängig von ihrem Schuldenstand an diesem Pooling teil. Das heißt, auch die Schulden Deutschlands werden um 75% des BIP reduziert.<sup>56</sup>

Da wir in einer Währungsunion mit Ländern sind, die auf Monetisierung setzen werden, (...) könnten wir diesen Weg nicht lange verhindern. „Wenn wir ihn nicht verhindern können, müssen wir unsere Interessen so vertreten, dass wir ebenfalls von diesem Instrument Gebrauch machen. Deshalb ist es wichtig, einen Prozentsatz vom Vorkrisen-BIP also Basis zu wählen, und zwar einen für alle Länder gleichen.“<sup>57</sup>

### 3.7 Einhegung der Globalisierung, Stärkung regionaler und mittelständischer Strukturen

Die Globalisierung hat in den letzten 30 Jahren eindeutig zu Exzessen geführt. Sie macht Arbeitnehmer und regional gebundene Unternehmen erpressbar gegenüber international mobilen Arbeitnehmern und Unternehmen. Sie führt dazu, dass Großkonzerne Staaten gegeneinander

---

<sup>56</sup> Stelter, Coronomics, S. 157 ff.

<sup>57</sup> Stelter, Coronomics, 159 ff.

ausspielen können. Sie erhöht die Krisenanfälligkeit des Systems.<sup>58</sup> Eine Gegenbewegung zur Globalisierung sehen wir seit einiger Zeit.

Die Reform des Finanzsystems ist nach 2008 weitgehend ausgeblieben. Das könnte nach dem Corona-Schock nachgeholt werden. Wichtig wäre die Kontrolle von Steueroasen (und zwar nicht Panama und Liechtenstein, sondern Jersey, Guernsey, Bahamas, Caymans, New Jersey, Wyoming etc.), die Einbremsung von unkontrollierten internationalen Finanzströmen durch eine Finanztransaktionssteuer und das Einbremsen von Mikro- und Nanotrading, sowie eine Stärkung des Eigenkapitals der Akteure.

Auch das Welthandelssystem könnte ökologisch und nachhaltig umgebaut werden, wenn regionaler Bezug steuerlich leicht begünstigt würde. Das würde den Energie- und Ressourcenverbrauch ganz ohne zentralistischen „Green New Deal“ einbremsen und Arbeitsplätze schaffen. Globaler Handel könnte weiterhin stattfinden. Solch ein Umbau würde allerdings den Prinzipien der jetzigen Welthandelsorganisation zuwiderlaufen, die auf kompromisslose Globalisierung für alles setzt.

Das Verbot von Arbeitnehmerüberlassungsverträgen in der Fleischindustrie mag aus populistischen Motiven erfolgt sein, und zwar nach dem üblichen Muster: man sucht sich einen Sündenbock und macht im Übrigen weiter wie bisher. Nach der Finanzkrise war dies in der Finanzbranche ähnlich. Grundsätzlich ist die Idee aber keine schlechte: die Arbeitnehmerüberlassungsverträge höhlen Haftung und Eigenverantwortung aus und begründen oftmals schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. So sollten insgesamt viel stärker eingeschränkt werden und nur unter strengen Kriterien erlaubt sein.

So ließe sich der Corona-Schock in vielfältiger Weise nutzen, um ein nachhaltigeres, dezentraleres Wirtschaftssystem zu bauen.

### 3.8 Intelligente Kapitalanlage für die Deutschen

Die Deutschen sparen viel und legen ihre Überschüsse in Summe selten dumm an (s.o.), und zwar sowohl auf der Ebene des einzelnen Sparers als auch als gesamte Nation in Bezug auf das Auslandsvermögen. Hier seien zwei Lösungen nur skizziert:

1. **Staatsfonds für deutsches Auslandsvermögen gründen.** Bereits 2010 schrieb ich in *Der Crash* kommt: als Sparernation verfügt Deutschland über knapp 1,5 Billionen Euro Auslandsvermögen (Stand Nov. 2008) – und damit über ein Viertel der Devisenreserven der Europäischen Union. Das Auslandsvermögen wächst weiter. Für ein Überschussland mit alternder Bevölkerung ist dies prinzipiell richtig. Für die Europäische Union gilt Ähnliches, wenn auch nicht so deutlich. Derzeit wird das deutsche Auslandsvermögen vor allem in Währungsreserven gehalten, vor allem in US-Dollar. Damit ist klar, dass über kurz oder lang Auslandsvermögen vernichtet werden muss. Der deutsche Staat sollte sorgfältiger mit seinem Auslandsvermögen umgehen und wie China, Kuwait oder Singapur einen Staatsfonds gründen, der neben Devisenreserven auch Gold oder werthaltige

---

<sup>58</sup> Otte, *Weltsystemcrash*, S. 180 ff.

Unternehmensbeteiligungen enthalten kann.<sup>59</sup>

Im selben Jahr lege ich in einem Sammelband „Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall“ dar: Staatsfonds: Deutschland, Österreich und die Schweiz sind große Nettosparnationen. Sie haben – anders als Spanien, Irland oder England – weitgehend funktionierende Realwirtschaften. Das vielschichtige Finanzsystem insbesondere Deutschlands ist gut strukturiert, um die Realwirtschaft mit Kapital zu versorgen. Heute ist Deutschland der drittgrößte Kapitalexporteur der Welt. Nicht unser gesamtes Kapital kann zu Hause investiert werden, das ist in einem Land mit einer reifen Wirtschaft und einer schrumpfenden Bevölkerung nicht sinnvoll. Aber wir müssen aufpassen. Um 1900 war England der Finanzier der Welt. Genutzt hat es England wenig – das weltweit angelegte Kapital erodierte schnell. Derzeit befinden sich Deutschland, Österreich, Japan und auch ölexportierende Staaten wie Norwegen und die Golfstaaten in der Rolle von strukturellen Überschussländern. Diese Überschüsse müssen gut angelegt werden. In Norwegen, Deutschland und Österreich schrumpft die Bevölkerung. Derzeit ist Deutschland einer der größten Finanziere des Konsums in den USA. Die hieraus entstehenden Forderungen können sich schnell abwerten.

Norwegen hat einen Staatsfonds, in dem Teile der Exportüberschüsse und des Auslandsvermögens langfristig angelegt werden, ebenso China und etliche Ölstaaten. Auch für Deutschland wäre die Gründung einer Agentur für Auslandsvermögen zu überlegen. Es ist sicher besser, deutsches Auslandsvermögen langfristig in Unternehmensbeteiligungen anzulegen, wie es China zunehmend macht, als die Spareinlagen der deutschen Sparer (gleiches gilt für Österreich) in den Kanälen der Finanzindustrie (Hedgefonds, amerikanische Medienfonds, Zertifikate, Subprime-Produkte) versickern zu lassen. Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow und wahrscheinlich sogar Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack hätten diese Forderung angesichts der geänderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse unterstützt.<sup>60</sup>

Zwischenzeitlich hat auch die schweizerische Nationalbank angefangen, in großem Stil Aktien zu kaufen – u.a. von amerikanischen Technologieriesen. Sie muss, um den Anstieg des Franken zu bremsen, Franken „drucken“ und damit ausländische Vermögenswerte kaufen. US-Technologieaktien sind da Euro- und Dollar-Anleihen sicher vorzuziehen. Eine kluge Strategie.

- 2. Private Altersvorsorge mit Aktien stärken, ohne die gesetzliche Rentenversicherung auszuhöhlen.** Deutschland hat trotz etlicher Schwächungen noch eines der besten Gesundheitssysteme und eines der besten Altersvorsorgesysteme unter den Industrienationen. Beide System sind allerdings, obwohl vergleichsweise gut, nicht mehr wirklich gut und müssen dringend gestärkt und reformiert werden, um jedem in Deutschland eine angemessene Gesundheitsvorsorge und jedem, der ausreichend eingezahlt bzw.

---

<sup>59</sup> Der Crash kommt, TB, 5. Auflage, Berlin, Ullstein, 2010.

<sup>60</sup> Max Otte, Die Finanzmärkte und die ökonomische Selbstbestimmung Europas, S. 146.

gearbeitet hat (Erwerbbiographien mit DDR-Hintergrund) hat, eine lebenswürdige Altersvorsorge zu sichern. Der Abstand zur Grundsicherung muss dabei erhalten bleiben.

Zusätzlich dazu (aber nicht als Ersatz dafür) kann die private Altersvorsorge mit Aktien gestärkt werden. Die Riester-Rente ist ein bürokratisches Monstrum, bei dem die Handschrift der Versicherungslobby sehr deutlich zu spüren ist. Einfache Sparplanmodelle nach Art der 401k in den USA wären besser: Arbeitnehmer können bis 10% ihres Vorsteuereinkommens steuerfrei in einen langfristig anlegenden Fonds investieren. Das hat den gewünschten Nebeneffekt, dass mehr Aktien deutscher Großunternehmen wieder in die Hände deutscher Kapitalanlagegesellschaften wandern und somit indirekt Deutschen gehören. Damit gewinnen wir einen Teil Kontrolle über unsere Wirtschaftspolitik zurück. Bis Mitte der 2000er Jahre lag die Mehrheit an deutschen Großkonzernen in Deutscher hat, heute sind es nur noch ca. 30%. Bei einem Überschussland wie Deutschland sollte es umgekehrt sein: einen Großteil des Besitzes an deutschen Unternehmen in der Hand deutscher Investoren, dazu umfangreichen ausländischen Aktien- und Kapitalbesitz.

### 3.9 Das Thema „Digitale Diktatur“ ernst nehmen

An dieser Stelle kann ich nur kurz darauf eingehen: ob Bargeldverdrängung, Macht der großen Internetkonzerne und deren Regulierung, Privatsphäre in Bezug auf Finanzen und Steuern, Corona-Tracking-Apps oder Impfpass: der Angriff auf die Bürgerrechte ist in vollem Gang. Die Digital- und Pharmakonzerne bekommen durch die Corona-Pandemie noch einmal einen massiven Schub.

Die Gefahr dieser Entwicklung kann gar nicht überschätzt werden: Staaten werden zu Bittstellern bei Digitalkonzernen, anstelle mit entsprechender Gesetzgebung die Macht dieser Konzerne zu begrenzen und Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Privatpersonen werden zu Bittstellern bei Digitalkonzernen und Staaten. Wir werden transparent und steuerbar und laufen Gefahr, in eine digitale Diktatur abzugleiten.<sup>61</sup>

---

<sup>61</sup>

Max Otte, Digitaldebatte: Je größer die Mythen vom Netz, desto kleiner der Mensch, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.05.2014.

## 4 Literatur

Dalio, Ray, Principles for Navigating Big Debt Crises, Westport, Conn., Bridgewater, 2018.

Ludwig Erhard, Schuldenfinanzierung und Kriegspolitik, mit Vorbemerkungen, Faksimile-Druck der Denkschrift von 1943/44, Propyläen, Frankfurt/Main, 1977.

Otte, Max, Der Crash kommt – die neue Weltwirtschaftskrise und was Sie jetzt tun können, Berlin, Econ, 2006.

Otte, Max, Investieren statt sparen – Anlegen in Zeiten von Niedrigzinsen, Bargeldverbot und Brexit, Berlin, Econ, 2106.

Otte, Max, Rettet unser Bargeld, Berlin, Ullstein, 2016.

Otte, Max, Weltsystemcrash – Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, München, FBV, 2019.

Otte, Max, Die Finanzmärkte und die ökonomische Selbstbehauptung Europas – Gedanken zu Finanzkrisen, Marktwirtschaft und Unternehmertum, Wiesbaden, SpringerGabler, 2018.

Payne, Keith, The Broken Ladder – How Inequality Changes the Way We Think, Live and Die, London,

Stelter, Daniel, Das Märchen vom reichen Land – wie die Politik uns ruiniert, München, FBV, 2018.

Stelter, Daniel, Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Frankfurt, Campus, 2020.

Stöferle, Ronald, et. al., Die Nullzinsfalle – Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird, München, FBV, 2019.